

Prime News

Neues Integrationsprogramm für Flüchtlinge im Baselbiet

Obwohl die Erwerbsquote bei Asylsuchenden steigt, bleiben viele vom Staat abhängig. Ein Verein will das nun ändern.



Symbolbild: pixabay.com

von [Oliver Sterchi](#)

Es ist die eine grosse Frage, die im Zusammenhang mit dem Asylwesen immer wieder gestellt wird: Wie kann man die Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integrieren, damit sie nicht von der Sozialhilfe abhängig bleiben? Viele Rezepte wurden in der Vergangenheit schon ausprobiert, mit unterschiedlichem Erfolg.

Im Baselbiet tüftelt eine private Initiative um SP-Landrätin Mirjam Würth nun an einem neuen Ansatz: Unter dem etwas sperrigen Namen «Arbeits- und Befähigungsprogramm» will der Verband «z'RächtCho Nordwestschweiz» Geflüchteten die Möglichkeit geben, erste Erfahrungen im Schweizer Arbeitsmarkt zu sammeln.

Der Verband, dessen Geschäftsführerin Würth ist, vermittelt Personen an regionale Institutionen und Betriebe für niederschwellige Arbeitseinsätze.

Für den Pilotversuch steht die Landwirtschaft im Vordergrund: So sollen Flüchtlinge den Bauern dieses Jahr bei der Hochstamm-Ernte helfen. «Wenn sich die Leute dabei bewähren, können sie danach regelmässig auf dem entsprechenden Hof mitarbeiten und ihren Bildungsrucksack auffüllen. Das wäre der Idealfall», so Würth.

In den Sommerferien geht es los. Etwa 20 Flüchtlinge werden auf bis zu acht Bauernbetrieben mit anpacken.

Immer mehr Flüchtlinge gehen einer Arbeit nach

Wirft man einen Blick auf die Zahlen, ergibt sich indes ein überraschendes Bild: So gehen in der Schweiz immer mehr Flüchtlinge einer Erwerbsarbeit nach. Gemäss Angaben des Staatssekretariats für Migration (SEM) arbeiteten Ende April 37,9 Prozent der vorläufig Aufgenommenen (Ausweis F).

Bei den anerkannten Flüchtlingen (Ausweis B) waren es immerhin 32,5 Prozent. Diese Quoten liegen markant über denen des Vorjahres: Im April 2018 gingen 31 Prozent der vorläufig Aufgenommenen einer Arbeit nach, bei denjenigen mit B-Status waren es 27,1 Prozent.

Im Drei-Jahres Vergleich sprechen die Zahlen eine noch deutlichere Sprache: So lag die Erwerbsquote bei den anerkannten Flüchtlingen im April 2016 noch bei 21,4 Prozent.

Auch in den beiden Basel zeigt sich ein klarer Aufwärtstrend: Im Baselbiet erreichte die Erwerbsquote im April 2019 bei den vorläufig Aufgenommenen sogar 41,8 Prozent und lag damit deutlich über dem Schweizer Durchschnitt.

Eine steigende Erwerbsquote bedeutet allerdings nicht automatisch, dass die Betroffenen ihren Lebensunterhalt selber bestreiten können. Wer beispielsweise nur Teilzeit arbeitet, ist weiterhin auf Unterstützungsleistungen angewiesen. Dasselbe gilt für Angestellte im Niedriglohnssektor, denen auch eine Hundert-Prozent-Anstellung kaum zum Leben reicht.

Der Baselbieter Asylkoordinator Rolf Rossi rät daher, solche Statistiken mit Vorsicht zu geniessen: «Das Ganze ist eine Frage der Auslegung. Man sollte die Erwerbsquote nicht isoliert betrachten. Immerhin steigen parallel dazu auch die Sozialhilfekosten», gibt Rossi zu bedenken.

Ausgaben für Sozialhilfe seit 2009 fast verdoppelt

Tatsächlich: Im Baselbiet stieg die Sozialhilfequote in den letzten Jahren kontinuierlich an und liegt momentan bei drei Prozent, wobei die Gemeinden allerdings unterschiedlich stark betroffen sind. Der Nettoaufwand hat sich in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt, von 39 Millionen Franken im Jahr 2009 auf 74 Millionen Franken 2017. Die meisten Bezüger kommen nach wie vor aus Nicht-EU-Staaten, wie auch die allermeisten Flüchtlinge.

Wieso also dieses Ungleichgewicht? Dazu Rossi: «Es ist nun einmal so, dass viele Flüchtlinge wenn überhaupt nur Teilzeit oder in schlecht bezahlten Berufen arbeiten. Das bedeutet, dass sie weiterhin Sozialhilfe beziehen, weil es sonst nicht zum Leben reicht. Diesen Sachverhalt erfasst die Erwerbsstatistik nicht».

Er sagt aber auch: «Grundsätzlich ist es natürlich höchst erfreulich, wenn die Leute im Arbeitsmarkt Fuss fassen können. Eine feste Stelle erhöht das Selbstwertgefühl, was wiederum viele positive Nebeneffekte hat». Längerfristig gehe die Entwicklung definitiv in die richtige Richtung, so Rossi. Den Umstand, dass immer mehr Geflüchtete eine Stelle finden, führt der Asylkoordinator unter anderem auf einen kürzlich erfolgten Abbau der bürokratischen Hürden zurück: «Seit diesem Jahr brauchen Arbeitgeber keine Bewilligung mehr, wenn sie Personen mit F- oder B-Status anstellen wollen. Für sie ist es also einfacher geworden, offene Stellen mit Flüchtlingen zu besetzen».

Erster Schritt in Richtung Berufsausbildung

Dennoch: Es bleibt eine Tatsache, dass die Mehrheit der Geflüchteten hierzulande nach wie vor keiner Erwerbsarbeit nachgehen will oder kann. Geht es nach Mirjam Würth und ihren Mitstreitern, soll zumindest das «Können» künftig keine Barriere mehr sein.

Mit dem Projekt verfolge der Verband «z'RächtCho» vor allem das Ziel, Geflüchtete für eine reguläre Berufsausbildung zu qualifizieren, so Würth. «Viele Personen sind noch nicht bereit für eine Lehre oder Vorlehre, weil ihnen gewisse Qualifikationen fehlen. Dieses Defizit wollen wir mit unserem Integrationsprogramm beheben».

Zusätzlich zu der Arbeit in den Betrieben besuchen die Flüchtlinge daher auch sogenannte «Befähigungskurse», in denen allfällige Bildungslücken gefüllt werden sollen.

Kurz: Wer das Integrationsprogramm durchlaufen hat, soll in der Lage sein, eine Berufslaufbahn in Angriff zu nehmen. Zumindest ist das die Idee.



SP-Politikerin Mirjam Würth. Bild: SP BL

Geplant sei zudem, das Programm schrittweise auch auf andere Branchen auszuweiten, etwa im Handwerksbereich. Noch befindet sich das Projekt allerdings beim Kantonalen Sozialamt (KSA) zur Prüfung. Bis diese vorliegt, beteiligt sich das Sozialamt nicht an den Kosten.

Das niederschwellige Integrationsprogramm kostet 350 Franken pro Person und Monat. Die eine Hälfte tragen die Gemeinden, die andere Hälfte soll das KSA beisteuern – sobald das Amt die Sache für unterstützungswert befunden hat.

Das Pilotprojekt der Kirschenenernte wird «z'RächtCho» allerdings noch ohne staatliche Unterstützung durchführen. Dafür ist der Verein «Hochstamm Suisse» mit an Bord.

Integrationsprogramme gibt es schon zuhauf

Der Verband selber setzt vor allem auf ehrenamtliches Engagement. Ende November 2018 erhielt er zudem vom Lotteriefonds eine Anschubfinanzierung von 120'000 Franken. Damit können vorerst zwei Teilzeitstellen finanziert werden.

Solche Programme wie dasjenige on «z'RächtCho» gibt es allerdings zuhauf: Vereine, Firmen, Gemeinden und Kantone sind seit Jahren dabei, verschiedene Modelle bei der Integration von Flüchtlingen auszuprobieren. Wieso also braucht es noch so einen Anlauf, noch dazu alimentiert mit Steuer- und Swisslos-Geldern?

«Der Staat alleine kann die ungeheure Integrationsaufgabe nicht leisten».

Mirjam Würth, SP Landrätin und Geschäftsführerin des Verbands «z'RächtCho»

Die Antwort von Würth ist so simpel wie bestechend: «Ganz einfach, es braucht mehr zivilgesellschaftliches Engagement».

Der Staat alleine könne die ungeheure Integrationsaufgabe nicht leisten. «Es braucht gemeinnützige Vereine wie der unsere, wo sich die Leute ehrenamtlich einsetzen und persönlich um die Integration der Flüchtlinge kümmern».

So organisiere «z'RächtCho» etwa Tandems, bei denen Geflüchtete einen «Einheimischen» zur Seite gestellt bekommen, so Würth. «Der persönliche Bezug hilft ungemein dabei, damit sich die Leute hier zurechtfinden. Das beschleunigt auch die Integration».

Mehr Zivilgesellschaft und weniger Staat also? Dazu Würth: «Der Staat macht schon eine gute Arbeit, aber sie reicht nicht aus».

PrimeNews, 6.6.2019.

<https://primenews.ch/articles/2019/06/neues-integrationsprogramm-fuer-fluechtlinge-im-baselbiet>